

# WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

Ja, die Freude war groß, als Stephan Weil mit seiner niedersächsischen SPD am vorletzten Sonntag einen tollen Erfolg bei der dortigen Landtagswahl feiern konnte – und auch wir Rheinland-Pfälzer haben mit David Langners und Jutta Steinrucks Wahlerfolge bei den Oberbürgermeisterwahlen in Koblenz und in Ludwigshafen am 15. Oktober etwas zu feiern gehabt. Aber lassen wir uns davon nicht täuschen:



Die niedersächsische Landtagswahl fand eben nahezu ausschließlich unter landespolitischen Vorzeichen statt und erinnerte stark an die Aufholjagd von Malu Dreyer und unserer rheinland-pfälzischen SPD im März letzten Jahres. Was sie definitiv nicht war, ist eine Abstimmung über die Bundespolitik – und so ergibt sich aus ihr etwa auch erst recht kein Freifahrtschein für ein „Weiter so“ der SPD im Bund. Das hat Martin Schulz bereits am Abend Niedersachsen-Wahl sehr deutlich gemacht und das möchte ich ausdrücklich unterstreichen. Der Prozess des Wiederaufbaus und der Erneuerung in der SPD hat gerade erst begonnen – und ich persönlich sehe noch lange kein Ende. Deshalb begrüße ich es, dass unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer auf dem Parteitag im Dezember als stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende kandidieren wird. Sie wird sich dafür einsetzen, eine neue Vision der SPD für das Leben im 21. Jahrhundert zu entwerfen, die vor allem die Arbeitnehmer im Blick hat und ihr gesamtes Wissen und ihre guten Erfahrungen aus Rheinland-Pfalz mit einbringen.

Dazu und zu vielen weiteren Themen aus dem Bund, dem Land und unserem Wahlkreis lest gerne mehr in der euch nun vorliegenden Ausgabe der „Wahlkreispost“.

Euch allen wünsche ich einen guten Start in die neue Woche!  
Eure Sabine



# SPD-FRAKTION STARTET IN OPPOSITIONSARBEIT

*Neue Bundestagsabgeordnete trafen sich in Berlin zur Klausur*

Spannend wird's – für Andrea Nahles steht fest, dass die künftige Arbeit für ihre Fraktion in der Opposition eine große Herausforderung sein wird. Nahles, seit einem Monat Chefin der 153-köpfigen SPD-Bundestagsfraktion, definiert die Arbeit als größte Oppositionsfraktion nicht nur dadurch, die Regierung zu kontrollieren und sie an deren Versprechen zu messen, sondern vor allem auch dadurch, eigene Konzepte vorzustellen und Lösungen für drängende Zukunftsfragen zu entwickeln.

Wie das künftig funktioniert, darüber hat die SPD-Fraktion am Dienstag vergangener Woche in einer Klausursitzung beraten. Andrea Nahles machte zuvor darauf aufmerksam, dass die Fraktion das „schmerzhaftes Wahlergebnis der Bundestagswahl“ aufarbeiten werde und kündigte an, dass alle Abgeordneten der SPD vom 12. bis 19. November in ihren Wahlkreisen mit den Menschen ins Gespräch kommen wollen, um unmittelbar und vor Ort zu erfahren, welche die drängendsten Themen für sie sind. Das Motto der Aktion: „Fraktion im Dialog“. Denn: Eine wichtige Aufgabe bestehe für die SPD-Fraktion darin, das eigene Profil zu schärfen. Nahles erklärte, dass das Kernthema soziale Gerechtigkeit richtig sei, aber mit stärkerer Glaubwürdigkeit untermauert werden müsse.

In Richtung der nahenden Koalitionsverhandlungen von Union, Grünen und FDP sagte Nahles, sie sollten sich nicht nur mit möglichen Posten befassen, sondern mit Inhalten. „Sie sollen sagen, was sie machen wollen, und nicht nur, wer was machen soll.“ Nahles warnte vor einem „politischen Vakuum“. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Carsten Schneider, sprach von einer „Möchtegern-Koalition, die sich da gerade bildet“. Auch Schneider betonte, dass die Klausur „der Auftakt für das Umschalten im Kopf“ auf Opposition sei.

Wichtige anstehende Themen sind für die SPD-Fraktion unter anderem die soziale Gestaltung der Digitalisierung und die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaates, also stabile Renten, Wege aus der Teilzeitfalle oder das Ende der sachgrundlosen Befristung. Nahles: „Unsere Werte und Ziele müssen bei vielen Themen wieder sichtbarer werden, in der Europapolitik, der Sozialpolitik, der Wirtschaftspolitik. Wir wollen als eine klare Alternative erkennbar sein.“

Für die kommende Parlamentsarbeit schloss Nahles eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit der AfD aus. Auf deren „Spielchen“ werde ihre Fraktion nicht eingehen und auf die Inszenierung als Opfer schon gar nicht. (Alexander Linden)



# MALU DREYER ALS SPD-VIZIN NOMINIERT

*SPD Rheinland-Pfalz schlägt auch Ahnen und Schweitzer für Vorstandswahlen der Bundespartei im Dezember vor*

Der SPD-Landesverband Rheinland-Pfalz hat Ministerpräsidentin als stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende nominiert. Doris Ahnen, Finanzministerin im Land, und Alexander Schweitzer, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, wird die Landes-SPD dem SPD-Bundesparteitag im Dezember zur Wahl in den Parteivorstand vorschlagen.



„Ich freue mich, dass der Landesvorstand der SPD Rheinland-Pfalz Doris Ahnen und Alexander Schweitzer einstimmig als Mitglieder der Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nominiert hat. Ganz besonders freut mich zudem, dass unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer einstimmig als stellvertretende Bundesvorsitzende unserer Partei nominiert wurde“, erklärt Roger Lewentz, der seit 2012 der rheinland-pfälzischen SPD vorsteht.

Mit ihren Kandidatinnen und Kandidaten für den Parteivorstand wollen die SPD Rheinland-Pfalz in Berlin die Neuausrichtung der SPD im Bund aktiv mitgestalten. „In Rheinland-Pfalz sind wir die stärkste Partei und stellen seit nunmehr 26 Jahren die Ministerpräsidenten des Landes. Diese Erfahrung wollen wir einbringen, um die SPD auch auf Bundesebene wieder zu einer starken regierungsfähigen Volkspartei zu machen“, erläutert Lewentz den Hintergrund für die Nominierungen.



## ERFOLG BEI OB-WAHLEN IN KOBLENZ UND LUDWIGSHAFEN



Am 15. Oktober 2017 konnte nicht nur Ministerpräsident Stephan Weil einen tollen der SPD bei der Landtagswahl in Niedersachsen feiern. Auch Jutta Steinruck in Ludwigshafen und David Langner in Koblenz war das vergönnt: Beide konnten sich in den Stichwahlen um das Amt des Oberbürgermeisters in ihren jeweiligen Heimatstädten entlang des

Rheins mit durchsetzen. Der Staatssekretär im Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie in Rheinland-Pfalz, David Langner, konnte am „Deutschen Eck“ fast 70 Prozent der Wähler von sich überzeugen. Der Europaparlamentariern Jutta Steinruck gelang dies nach einem harten Wahlkampf bei rund 60 Prozent.

Den ganzen Rhein aufwärts hat das leider nicht geklappt: Der Sozialdezernent der Stadt, Michael Mang, konnte sich in der Stichwahl für das Amt des Neuwieder Oberbürgermeisters mit mehr als 40 Prozent der Wählerstimmen nicht gegen den CDU-Kandidaten durchsetzen und wird die Arbeit des so plötzlich verstorbenen Oberbürgermeisters Nikolaus Roth leider nicht fortsetzen können.

Dennoch können die Oberbürgermeisterwahlen als ein Erfolg für die SPD in Rheinland-Pfalz gesehen werden: In allen Oberzentren des Landes stellt sie nun den Stadtchef. Auch Ministerpräsidentin Malu Dreyer beglückwünschte die Wahlgewinner und freut sich Dreyer auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit zwischen dem Land und den Kommunen.





# HAT JULIA KLÖCKNER ABGESCHRIEBEN?

*Namensbeitrag der CDU-Landeschefin wirft Fragen auf*

Einem Facebook-Posting der Jusos Mainz zufolge hat die CDU-Landesvorsitzende Julia Klöckner in ihrem Namensbeitrag „Alle Macht den Ländern“, der am 01. Oktober in der FAZ veröffentlicht wurde, Passagen teils wörtlich aus einem 2007 publizierten Text des Föderalismusexperten Hans Hofmann übernommen – ohne den Urheber der Zeilen zu nennen.

„Offensichtlich hat Frau Klöckner für Ihren Papstbeitrag in der FAZ einfach aus einer wissenschaftlichen Publikation abgekupfert und fremde Gedanken und Ideen als ihre eigenen ausgegeben, ohne den tatsächlichen Urheber auch nur zu erwähnen. Dabei war sie sich wohl nicht einmal zu schade, teils wortwörtlich abzuschreiben“, so Daniel Stich, Generalsekretär der SPD Rheinland-Pfalz. Er meint: „Auch wenn es sich nicht um eine Doktorarbeit handelt: So etwas gehört sich nicht. Frau Klöckner täuscht und führt die Leserinnen und Leser in die Irre. Ich bin gespannt, wie sie diesen Vorgang erklärt!“

# ARMUT BRAUCHT INDIVIDUELLE LÖSUNGEN

*Bätzing-Lichtenthäler zum Welttag der Armutsbekämpfung*

Trotz insgesamt guter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sind Armut und armutsbedingte Ausgrenzung in Deutschland Teil der sozialen Wirklichkeit. „Armut ist im Kern immer durch unzureichendes Einkommen und Vermögen gekennzeichnet. Armut bedeutet oft eine fehlende Beteiligung am Erwerbsleben, ein Leben in unangemessenem Wohnraum, erschwerter Zugang zur gesundheitlichen Versorgung und zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben. Armut ist damit auch ein Mangel an Verwirklichungschancen“, erklärte Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler anlässlich des Internationalen Tags zur Beseitigung von Armut, der am 17. Oktober begangen wird. Zur Bekämpfung von Armut hat die Landesregierung einen landesweiten Beteiligungsprozess „Armut begegnen – gemeinsam handeln“ gestartet. „Ziel des Beteiligungsprozesses ist es vor allem, Menschen mit Armutserfahrung und soziale Akteure in den Regionen zu Wort kommen zu lassen, um zu erfahren, wie Armut erlebt und bewältigt und wie Armut vorgebeugt werden kann“, so die Ministerin. Dabei stehen vor allem regional spezifische und umsetzbare Lösungen im Mittelpunkt des Prozesses.



Ministerin Bätzing-Lichtenthäler hat im vergangenen halben Jahr zunächst eine Reihe von Terminen vor Ort wahrgenommen und Praxisgespräche geführt, beispielsweise in einer Schuldnerberatungsstelle, einer Energieberatungsstelle, einer Suchtberatungsstelle oder in einem Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf, mit wohnungslosen Menschen und mit Arbeitslosen und Menschen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Die Praxisgespräche fanden vorrangig mit den Betroffenen selbst, aber auch mit Fachkräften der sozialen Arbeit, Vertreterinnen und Vertretern von NGOs und ehrenamtlich Engagierten statt.

Im September startete ein breiter Beteiligungsprozess. „Im Rahmen von sechs Veranstaltungen in unterschiedlichen Regionen des Landes wollen wir gemeinsam mit kommunalpolitisch Verantwortlichen und sozialen Akteuren Ideen und konkrete Lösungsansätze zur Prävention und Bewältigung von Armut entwickeln“, betonte Bätzing-Lichtenthäler. Die Beteiligungsforen verteilen sich über Städte und Orte am Mittelrhein, im Westerwald, in der Region Mosel/Eifel, an der Nahe, in der Westpfalz und in der Rheinpfalz. Ergänzt werden die Beteiligungsforen durch verschiedene örtliche Workshops.

Bereits stattgefunden haben die Foren in Bitburg und Betzdorf. Dabei stand neben der finanziellen Situation von Betroffenen auch die Wohnsituation sowie die Themen Bildung, Mobilität und Angebote im Sozialraum im Fokus. Als bedeutsam für eine erfolgreiche Prävention und Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung wurde vielfach die Vernetzung von sozialen Akteuren und das bereichsübergreifende Handeln genannt.

Für folgende Beteiligungsforen können sich Interessierte noch auf der Internetseite [www.armut-begegnen.rlp.de](http://www.armut-begegnen.rlp.de) anmelden:

- am 3. November 2017 in Pirmasens
- am 1. Dezember 2017 in Koblenz
- am 22. Januar 2018 in Bad Kreuznach
- am 16. Februar 2018 in Ludwigshafen

Auf dieser Internetseite können sich Privatpersonen sowie Personen mit beruflichem Bezug zum Thema Armutsbekämpfung in die Diskussion mit einbringen und an einer Umfrage über Auswege aus der Armut teilnehmen. Auch diese Beiträge fließen mit in die Beratungen ein.



# LANDKREIS ALTENKIRCHEN PROFITIERT VON NEUEM SCHULSANIERUNGSPROGRAMM

*Sechseinhalb Millionen Euro fließen in den Kreis Altenkirchen  
– Über Verwendung der Mittel soll vor Ort entschieden werden*

Wie die Abgeordneten Sabine Bätzing-Lichtenthäler und Heijo Höfer mitteilen, soll der Kreis Altenkirchen aus dem neuen Schulsanierungsprogramm Fördermittel in Höhe von 6,55 Mio. Euro erhalten. Die Bundesmittel seien für Investitionen in die Schulinfrastruktur bei finanzschwachen Kommunen vorgesehen. Das Programm umfasse für ganz Rheinland-Pfalz 256,6 Millionen Euro.

„Die Fördersumme wurde im Rahmen der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern ausgehandelt. Die Landesregierung unter Malu Dreyer konnte in den Verhandlungen erreichen, dass 7,33 Prozent der Gesamtmittel nach Rheinland-Pfalz gehen. Damit werden hiesige Schulen stärker gefördert, als dies nach dem sonst üblichen Verteilungsschlüssel der Fall wäre“, erklären die beiden SPD-Politiker. Das Land habe sich überdies dafür entschieden, die Mittel relativ breit zu verteilen, so dass besonders viele Kommunen Nutznießer seien. Der Betrag werde aufgeteilt unter Berücksichtigung der Finanzschwäche der Kommunen und unter Berücksichtigung der Schülerzahl.

Die Mittel würden für den Zeitraum 2017 bis 2022 bewilligt. Sie seien für energetische Sanierungen von allgemeinbildenden Schulen, aber auch für sonstige Sanierungen und Umbauten vorgesehen. Die Förderquote liege bei bis zu 90 Prozent. „Welche Projekte in den einzelnen Städten und Landkreisen konkret gefördert werden, soll vor Ort entschieden werden“, so Bätzing-Lichtenthäler und Höfer.

## TERMINHINWEIS: BLAULICHTKONFERENZ 2017

Nach der für alle Beteiligten spannenden und aufschlussreichen Diskussionsveranstaltung zur bisherigen Bilanz der Präsidentschaft von Donald J. Trump und ihren Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen mit Rudolf Scharping, Bundesverteidigungsminister a. D., ist es Sabine Bätzing-Lichtenthäler, MdL ein Anliegen, noch einmal auf ihre nun anstehende diesjährige Blaulichtkonferenz mit Roger Lewentz, Minister des Inneren und für Sport im Land, gesondert hinzuweisen.

Im Fokus stehen an diesem Abend nicht etwa Nachrichtendienste oder die angespannte Lage in der Welt – sondern mit Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften diejenigen, die sich täglich wie selbstverständlich um die Sicherheit unserer Lebensräume vor Ort kümmern. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!



**BLAULICHTKONFERENZ 2017**

**Im Mittelpunkt:  
Polizei, Feuerwehr  
und Rettungskräfte**

**Im Gespräch:  
Roger Lewentz, MdL  
Minister des Inneren Rheinland-Pfalz  
und Sabine Bätzing-Lichtenthäler, MdL  
am 27.10.2017, um 18:30 Uhr  
im Gasthof „Koch“ in Daaden**